

Katholikenverfolgung in Indochina

Während die kommunistischen Truppen in Indochina fast widerstandslos immer weiter vorrücken und nur aus irgendwelchen, vorläufig noch unklaren Gründen von Moskau gestoppt werden konnten, nehmen die Christenverfolgungen dort immer schärfere Formen an. Die Bevölkerung Indochinas (nach dem „Neuen Herder“ von 1949 24 Millionen, nach NCWC News Service vom 26. 5. 1953 auf 40 Millionen geschätzt) umfaßt die zusammenhängendste Christenheit der asiatischen Missionsländer (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 61 ff.). Als sich die große Offensive der kommunistischen Viet-Minh-Truppen vor einem Jahr vorbereitete, wurden die Katholiken Viet-Nams von den Kommunisten heftig umworben; sie wurden aufgefordert, an der Befreiung des Vaterlandes mitzuwirken, und man versprach ihnen volle Freiheit für ihren Glauben. Kommunistische Broschüren konnten zwar nicht versuchen, den eigenen Atheismus zu verschleiern, wohl aber nannten sie das kommunistische Ideal wenig verschieden vom christlichen. Die Werbung der Kommunisten um die vietnamesischen Katholiken setzte im vergangenen Mai ein und wurde im Juli noch gesteigert. Vor allem wurde auch hier der Versuch gemacht, eine „Fortschrittliche Kirche“ zu gründen; doch scheint das keinerlei Erfolg gehabt zu haben.

Seit November begannen dann Gerüchte von Christenverfolgungen durchzudringen. Am 29. November meldete „Le Monde“, die Agentur Viet-Nam-Presse habe die Verhaftung Bischof Tran-Huu-Ducs, des letzten noch von Rom konsekrierten vietnamesischen Bischofs und Apostolischen Vikars von Vinh in der Provinz Nge-An, sowie die zahlreicher katholischer Priester gemeldet. Auch die meisten der Leiter der Katholischen Liga dieser Provinz seien gefangengenommen worden. Die Provinz Nge-An liegt im Norden des Staates Annam und hat einen starken Prozentsatz katholischer Bevölkerung, unter der diese Maßnahmen große Erregung hervorriefen.

Desungeachtet richtete Ho-Chi-Minh, der Leiter der kommunistischen Viet-Minh, zu Weihnachten eine Botschaft an die vietnamesischen Katholiken, in der es heißt: „Es ist für unser Volk, ebenso für die Katholiken wie für die Nicht-Katholiken, besonders wichtig, einig zu bleiben. Ich beglückwünsche aufrichtig diejenigen unsrer katholischen Mitbürger, die aktiven Anteil an der Widerstandsbewegung nehmen und unserm Land auf diese Weise helfen. Ich hoffe, daß alle Katholiken sich eng mit dem übrigen Teil unsres Volkes zusammenschließen, um noch unerbitlicher zu kämpfen und so die Angreifer und Verräter unsres Landes zu verjagen.“

Gleich nach Neujahr haben die Christenverfolgungen an Heftigkeit stark zugenommen. NCWC News Service meldete unterm 16. März, daß in den letzten zwei Monaten 400 indochinesische Priester und Laien festgenommen worden sind. Einige von ihnen sind getötet worden. Diese Verfolgung fand vor allem in Nge-An statt. Die Nachrichten, die aus den von den Viet-Minh besetzten Gegenden kommen, sind naturgemäß spärlich, sie stammen von Leuten, die flüchten konnten, und es ist häufig nötig, zu warten, bis eine Nachricht von mehreren Seiten bestätigt ist, ehe man sie als zutreffend weitergeben kann.

So meldet der Internationale Fides-Dienst vom 25. April, daß Msgr. Tran-Huu-Duc, der Apostolische Vikar von Vinh, dessen Tod bereits gemeldet worden war, dreimal verhaftet worden ist, schließlich aber wieder freigelassen

wurde. Man hat ihn vor ein Gericht gestellt und zum Tode verurteilt, das Urteil später aber wieder aufgehoben. Gegenwärtig hat er keinerlei Bewegungsfreiheit, kann jedoch von Zeit zu Zeit schriftlich mit seinen Priestern verkehren.

Todesurteile sind auch sonst über Priester und Laien verhängt worden, andere sind zu Zwangsarbeit verurteilt worden, wieder andere warten in den Gefängnissen auf ein Urteil. Das Große und das Kleine Seminar in Vinh sind nach dieser Meldung noch offen, haben aber mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die katholischen Schulen haben aus Mangel an Mitteln größtenteils schließen müssen, nur die Katechismusklassen wurden offengehalten.

Ökumenische Nachrichten

Der zweite Kirchenkampf

Die Berichterstattung der Tagespresse und kirchlicher Organe der EKD über die neue Phase auffallender Unterdrückungsmaßnahmen der Ostzonenregierung gegen die öffentliche Wirksamkeit der evangelischen Landeskirchen begeht — sicher unabsichtlich — eine wesentliche Unterlassung. Sie kann den Eindruck erwecken, als habe ein systematischer Kirchenkampf erst jetzt mit einer Reihe drastischer Maßnahmen gegen einzelne Pfarrer, gegen die „Junge Gemeinde“ und bestimmte Außenwerke der Inneren Mission begonnen. Dieses Bild bedarf einer Korrektur. Der Gegner hat sehr frühzeitig zum „Kirchenkampf“ angesetzt. Das begann vor Jahren u. a. mit der Zerschlagung des ländlichen Großgrundbesitzes. Diese Aktion hat in jüngster Zeit ihre Fortsetzung erfahren durch die fortschreitende Ausrottung des selbständigen Bauerntums. Damit wurden die Grundlagen der wirtschaftlichen Unabhängigkeit vor allem der ländlichen Kirchengemeinden aufgehoben, in einem den Betroffenen bisher unbekanntem Ausmaß. Die Landpfarrer können weithin nicht mehr oder nicht ausreichend besoldet und die Gebäude nicht unterhalten werden. Zahlreiche Kirchengemeinden müssen zusammengelegt werden, ganze Ortsgemeinden sind am Aussterben, besonders in Mitteldeutschland. Das sind Maßnahmen auf lange Sicht, und sie wirken gründlich. Der Gegner ist der ökonomische Materialismus, er hat seit 1917 eine lange Praxis und Erfahrung in den östlichen Ländern gesammelt. Er trifft die Wirklichkeit der Kirche dort, wo sie am sichersten zu treffen ist. Er entlarvt ihr soziologisches Gefüge, das — wir wissen es seit langem — bürgerlich und bäuerlich bedingt ist. Besonders die landwirtschaftliche Sozialisierung zwingt die Christen in einen Status confessionis, in eine Art „eschatologischer Existenz“: sie müssen sich von den bisher so selbstverständlichen wirtschaftlichen Stützen, einem Erbe der Reformationszeit, lösen und ganz neue Formen finden, um die Gemeinschaft der Gläubigen — der ernstlich Glaubenden — auch in der sichtbaren Entfaltung zu sichern, soweit das eben möglich ist. Denn schon kommt der Gegner mit der Anmeldepflicht für alle nicht im eigentlichen Sinne gottesdienstlichen Veranstaltungen. Wir halten es für notwendig, diesen klassenkämpferischen Hintergrund sehr ernst zu nehmen, vielleicht weit ernster als die Nachrichten über flagrante Unterdrückungsmaßnahmen, die nach unseren Erfahrungen dem geistlichen Leben der Kirche am wenigstens zu schaden pflegen. Sie könnten auch weitgehend bedingt sein

durch die Politik des Westens: man will drüben vielleicht Pfänder schaffen für Verhandlungen auf einer ganz anderen Ebene oder die Außenpolitik Dr. Adenauers in den Augen seiner evangelischen Wähler unterwühlen.

Das Zeugnis der Verhafteten

Immerhin kommt auch in den direkten Kirchenkampf allmählich System. Aus der Fülle der einzelnen Maßnahmen ist ein Plan zu erraten, der sehr nahe liegt. Er läuft darauf hinaus, die Verbindung zwischen den evangelischen Landeskirchen der Ostzone und der Bundesrepublik zu zerreißen (ganz zu schweigen vom „Weltrat der Kirchen“). Er stellt sich also als ein Angriff auf die so sorgsam gewahrte Einheit der EKD dar. Um so wichtiger ist es jetzt, daß man diese Einheit dogmatisch klärt und befestigt. Es genügt nicht, „Mund des einen deutschen Volkes“ zu sein, sondern die Einheit der Kirche des Apostolikums bedarf einer überzeugenden Darstellung.

Es dürfte überdies kaum eine Frage sein, daß die Regierung Grotewohl den evangelischen Landeskirchen für eine gewisse Phase der dialektischen Ausrottung ihre Freiheit lassen, ja sogar die Ausfälle an kirchlichen Steuermitteln ausgleichen würde, wenn sie nur die Beziehungen zum Westen abbrechen und dem Regime den geforderten Weihrauch darbringen wollten. (Allerdings hat er ihnen seit Januar 1953 keine Staatszuschüsse mehr gezahlt! Immerhin 900 000 DM!) Bei allen Verhaftungen und Vernehmungen war nämlich eine irgendwie geartete Verbindung zum Westen der eigentliche Anklagepunkt. Dem Ziel einer Lostrennung von den westlich zentrierten Organen der kirchlichen Gesamtverwaltung diente z. B. auch das Rundschreiben des „Staatssekretariats für innere Angelegenheiten“ vom 24. April an alle Pfarrer, dessen Empfang persönlich quittiert werden mußte. Darin wurde auf den „Mißbrauch christlicher Frömmigkeit“ durch „heuchlerische Kriegstreiber“ des Westens hingewiesen und bis zurück zum Essener Evangelischen Kirchentag im Jahre 1950 der „Nachweis“ geführt, daß kriegstreiberische Elemente auf kirchlichen Synoden ihren Einfluß geltend machen, unter Nennung von Namen führender kirchlicher Persönlichkeiten, die in der Bundesrepublik auch politisch an verantwortlicher Stelle stehen. Die Pfarrer sollten sich endlich, so wird „erwartet und verlangt“, entschieden von diesen volksfeindlichen Elementen abgrenzen und den Bestrebungen zu einer „demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands“ ihre Unterstützung geben.

Dennoch gilt es, auch im einzelnen das „Zeugnis der Verhafteten“ zu kennen, über das jetzt „ein geistliches Wort“ von Martin Fischer (Kirchliche Hochschule Berlin-Dahlem), herausgegeben von Martin Niemöller, erschienen ist und zur Fürbitte für die Verhafteten aufruft, wie das im ersten Kirchenkampfe eine mit großer Treue festgehaltene Übung des Gottesdienstes war (Lettner-Verlag, Berlin-Dahlem 1953. 63 S.). Da finden wir die Namen der Verhafteten und ihre frühere Wirksamkeit geschildert. Nur bei Pfr. Jürgen Winterhager, dem Leiter des ökumenischen Seminars an der Kirchlichen Hochschule in Dahlem und der ökumenischen Zentrale für die Ostzone, und einigen anderen ist die gebotene Zurückhaltung gewahrt worden. Winterhager, der noch in Lund die Sache der Ökumene vertrat, wurde am 15. Februar verhaftet. Es lag ihm ob, die Verbindung zu allen ökumenischen Dienststellen in Berlin, Genf und London zu halten.

Die „Junge Gemeinde“

Im Mittelpunkt dieser kleinen, aber sehr bemerkenswerten Schrift steht die Gestalt des Studentenpfarrers von Halle, Johannes Hamel, und seines Vikars Joh. Althausen, die beide seit dem Februar verhaftet sind. Sie hatten die begradete Erziehungsarbeit des verstorbenen Prof. Julius Schniewind an der akademischen Jugend mit großem Erfolge fortgesetzt, so daß die Gegner nicht mehr wagen konnten, Sprengkommandos in die Reihen der evangelischen Studentengemeinde zu entsenden, weil die Sendlinge gläubige Christen wurden. Diese Männer kehrten leider nicht zurück wie Prof. Aland, der Herausgeber der „Theologischen Literaturzeitung“. In den meisten Fällen handelt es sich bei den schon über 50 gehenden Verhaftungen um Pfarrer oder Diakone, die es mit der „Jungen Gemeinde“ zu tun hatten, also mit der besonders entwickelten Betreuung der kirchlich gesinnten Jugend, die man nun mit Hilfe rückgratloser Schuldirektoren und Lehrer zwingt, sich von dieser „Terrororganisation“ loszusagen, andernfalls sie die Schule verlassen müssen oder Schlimmeres zu gewärtigen haben.

Aus begreiflichen Gründen ist nicht zu erfahren, wie hoch die Zahl der Schüler ist, die um ihres Glaubens willen alle Folgen zu tragen bereit sind. Man weiß nur, daß sie in einzelnen Städten in die Hunderte geht und daß man es hier mit einer spontanen Absage der Jugend an das Erziehungssystem des Regimes zu tun hat. Aber die Sache ist noch nicht ausgekämpft. Die Mehrzahl der Landesbischöfe tut ihr Äußerstes, um der Jugend Mut und Glauben zu bewahren und sie im Leiden festzumachen, voran D. Otto Dibelius, der einen bewegenden Brief an die „Junge Gemeinde“ wie an die Eltern richtete und Strafanzeige gegen die Verleumdungen der „Jungen Welt“, des Organs der FDJ, gestellt hat. Er wie die Landesbischöfe D. Hahn, Dresden, und L. Müller, Magdeburg, aber auch D. Lilje sehen in dem erpresserischen Vorgehen gegen die evangelische Jugend einen Schlag gegen die Kirche selbst und sind offensichtlich nicht gewillt, Leichtgläubigkeiten zu wiederholen, die beim ersten Kirchenkampf im Nazireich noch möglich waren. Selbst der lutherische Landesbischof Mitzenheim von Thüringen dementierte, daß er im Konflikt um die Studentengemeinden durch seine vom Regime bejubelte Dienstabweisung nachgegeben habe. Er denke nicht daran, die kirchliche Bewegungsfreiheit der Studenten einzuschränken.

Der Gesamttenor der landesbischöflichen Kundgebungen ist bei allem Ernst erstaunlich zuversichtlich, und man darf wohl damit rechnen, daß diese Persönlichkeiten die Jugend nicht im Stiche lassen, sondern ihren Widerstand mit dem Einsatz der eignen Person verteidigen werden. Daß D. Niemöller sich nicht scheute, in die Höhle des Löwen vorzudringen — nachdem Grotewohl behauptete, es könne ja jeder weiterhin zur Kirche gehen, der zur Kirche gehen wolle, nur dürfe man nicht die Interessen der Arbeiterschaft verraten — und auch mit höchsten Machthabern zu verhandeln, ist eine Selbstverständlichkeit. Denn für ihn steht hier auch noch seine persönliche Anschauung von den besseren Möglichkeiten des Christseins im Osten auf dem Spiel. Noch ist nicht erkennbar, daß er etwas erreicht hat; so wenig wie Karl Barth mit seinem offenen Brief vom 2. März an den Sicherheitsminister Zaisser besonderen Eindruck gemacht hat. (Auch dieses Dokument ist in der Schrift des Lettner-Verlages aufbewahrt.)

In der Tat kann dieser zweite Kirchenkampf kaum in derselben Weise aus dem Westen kirchlich unterstützt werden, wie das in der Nazizeit lange möglich und üblich war. Die Kampfbedingungen haben sich erheblich verändert. Es gibt weder ein Reichsgericht in Leipzig mit unabhängigen Richtern noch eine bürgerlich geführte Außenpolitik, die auf den Westen Rücksicht nehmen müßte. Es ist daher verständlich, daß die erwähnte Broschüre aus dem Kreise der „Bekennenden Kirche“, deren „Reichsbruderrat“ ebenfalls von einer Verhaftung betroffen wurde (Studienrätin Schmidt, Görlitz) und übrigens gut daran getan hat, sein Hauptquartier im Westen (in Darmstadt) aufzulösen, zu dem Ergebnis kommt: die Lage der Kirche müsse ganz neu durchdacht werden. Der Kampf sei vor allem auf eigenen Wegen unabhängig von dem politischen Propagandabedürfnis des Westens zu führen. Sicher gibt es diesmal, im Unterschied zum Kirchenkampf der Nazizeit, eine fest geschlossene Einmütigkeit der evangelischen Christen.

Es ist zu früh, um schon zu sagen, welchen Kurs die zuständigen kirchlichen Organe einschlagen werden. Die lutherische Generalsynode hat keine erkennbaren Parolen ausgegeben. Der Rat der „Altpreußischen Union“ ist erst am 19. Mai zusammengetreten. Ob es ihm dienlich ist, daß Präses Held von Essen ihm vorsitzt, wird man sehen. Das entscheidende Wort werden die Synoden sprechen, die vor allem in Berlin-Brandenburg von Männern der Bekennenden Kirche geführt werden, so daß es nicht zur Bildung freier Bekenntnissynoden kommen wird. Jedenfalls zeigen die sonstigen Maßnahmen des Regimes, die Beschlagnahme von Anstalten der Inneren Mission (über deren besondere Not das Maiheft der „Zeitwende“ 1953 eine Umschau bringt), auch der Jugendakademie in Mansfeld, sogar der Druckereien, die kirchliche Literatur und Bibeln für die Ostzone herstellen, daß die Planung weit ausgreift. Daß man sich bisheriger Kirchenreferenten in den zuständigen Ministerien entledigt hat, wie des Ministerialrats Grünbaum, der gleichzeitig ein kirchliches Amt bekleidet, versteht sich da am Rande.

Der zweite Kirchenkampf hat in seiner akuten Phase erst begonnen. Er bringt uns hier im Westen, auch uns Katholiken, keineswegs nur in eine Zuschauerrolle, in der wir unsere Pflicht mit gebührender Empörung zu leisten hätten. Wir werden darüber nachdenken müssen, in welcher Weise wir mit den Glaubenserfahrungen der zum Leiden berufenen Brüder Schritt halten wollen.

Die Berliner Generalsynode der VelKD

Die 5. Tagung der ersten Generalsynode der VelKD sollte in diesem Jahre ursprünglich in Weimar tagen. Da aber die Regierung der DDR die Genehmigung verweigerte, wurde sie auf den 16. April nach Berlin-Spandau einberufen. Der Tätigkeitsbericht über das vergangene Jahr würdigte die lutherische Weltbundstagung in Hannover und die ernsten theologischen Anliegen der lutherischen Freikirchen, die sich zu einer Sezession nach Uelzen zurückgezogen hatten (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 576). Das Monitum „gegen bestimmte Erscheinungen“ (des Unionismus) in der EKD wurde maßvoll vorgetragen. In der Frage der immer noch schwebenden Abendmahlsgespräche wurde bemerkt, eine

Weiterführung zu übereinstimmendem Abendmahlsverständnis sei erst nach Abschluß der exegetischen Forschung zu erwarten! Inzwischen müsse die Frage aus der kirchenpolitischen Agitation herausbleiben.

Das ordentliche Hauptthema der Beratungen war die Vollendung der „Ordnung des kirchlichen Lebens“, deren Festlegung im vergangenen Jahre auf der Flensburger Generalsynode mit der Verabschiedung einer Liturgie für die Taufe und Konfirmation und einer Ordnung für Einzelbeichte, Abendmahl und Begräbnis begonnen wurde, wodurch die in der VelKD zusammengeschlossenen lutherischen Landeskirchen allmählich mehr zu äußerer und innerer Einheit heranreifen (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 409).

Ohne anscheinend die damals erbetene und bis heute ausgebliebene Lehrentscheidung der lutherischen Bischofskonferenz in Sachen Bultmann und seiner „Entmythologisierung des Neuen Testaments“ zu berühren, wurde die Vorlage „Von christlicher Ehe und kirchlicher Trauung“ angenommen. Die ersten beiden sozusagen dogmatischen Abschnitte des Textes über das Wesen der Ehe sind allerdings weniger „lutherisch“ ausgefallen als das theologische Gutachten, das wir unlängst im Auszug berichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 264). Es fehlt die ausdrückliche Begründung der Ehe als eine „Anordnung Gottes gegen die Unordnung der geschlechtlichen Begierden“. Ihr Schöpfungscharakter steht am Anfang; und zum Schluß heißt es ohne Zitierung von Epheser 5, 23 f.: „In der Ehe des Christen will sich die Liebe Christi zu seiner Gemeinde abbilden.“ § 8 setzt fest, daß die ausnahmsweise Wiedertrauung Geschiedener unter die Verantwortung des zuständigen Seelsorgers fällt, der unter Wahrung des Beichtgeheimnisses sich mit seinem Dekan beraten muß und den Kirchenvorstand hören kann. (Der Wortlaut ist abgedruckt im „Informationsblatt“ 2. Jhg. 1953, Nr. 9, S. 147.) Ein Kommentar von Propst Asmussen (ebenda S. 148 f.) findet tiefe Worte der Begründung der Ehe. Er nennt die Scheidung „einen tiefen Eingriff in den Raum des Mysteriums, des sakramentalen Untergrundes eines Menschenlebens“.

Der Protest der Landesbischöfe

Im Vordergrund der Beratungen stand natürlich die kirchliche Lage in der Ostzone, deren Opfer die Synode selber war. Das Schicksal der leidenden und schweigenden Gemeinden wurde ausführlich erörtert und schließlich eine Kundgebung für die „Junge Gemeinde“ erlassen. Darin heißt es unter anderem:

„Der Druck, der in Glaubens- und Gewissensfragen gegen die Glieder der evangelischen Kirchen innerhalb der DDR ausgeübt wird, droht untragbar zu werden. Uns ist bekanntgeworden, daß gegen die Glieder der ‚Jungen Gemeinde‘ mit besonderer Härte vorgegangen wird und welche Mittel dabei angewandt werden. Wir wissen von vielen Fällen, in denen junge Menschen, die ihre Gliedschaft in der ‚Jungen Gemeinde‘ nicht aufgeben wollten, von der Schule verwiesen und am Abschluß ihrer Ausbildung gehindert wurden. Wir wissen von anderen noch schwereren Fällen, in denen ein unverantwortlicher Druck auf junge Menschen ausgeübt worden ist mit dem Ziel, das Rückgrat ihrer Gesinnung und ihres Glaubens zu brechen.“

Wir erklären, daß wir kein Wort von den Angriffen glauben, die in der ‚Jungen Welt‘, dem Organ des Zen-

tralrates der FDJ, gegen die ‚Junge Gemeinde‘ erhoben sind. Wir kennen diese jungen Christen und wissen, daß es nicht wahr ist, daß sie die ‚Junge Gemeinde‘ zu einer ‚Terrorgruppe zur Sabotage der Wiedervereinigung Deutschlands‘ machen wollten. Terror, Verrat und Sabotage gehören nicht zu den Mitteln christlicher Wirksamkeit.“

Im Hinblick auf die in einzelnen Fällen verhängten hohen Strafen erklären die Landesbischöfe, daß sie „diese Methoden der Rechtspraxis wie auch des Vorgehens gegen junge Menschen als unmenschlich empfinden. Wer die Einheit Deutschlands will, darf mit Deutschen nicht so umgehen.“ Den Schlußgedanken des Protestes unterstrich Landesbischof D. Lilje in einer öffentlichen Predigt noch besonders, in der er warnte, die ungerechten Richter würden eines Tages bei Gott einen gerechten Richter finden. Er warnte aber auch die Christen, nicht kleinlich und rachsüchtig zu werden, sondern die urchristlichen Ratschläge über den „Jesusweg“ zu befolgen. Diese könnten auch heute noch dazu helfen, daß der christliche Glaube „aristokratischer und heroischer“ wird.

„Europa in evangelischer Sicht“ Dieser Titel einer Sammlung von Vorträgen, die Prof. Friedrich Karl Schumann vom Christophorusstift in Hemer in Verbindung mit Wilhelm Menn und Wilhelm Schüßler herausgegeben hat (Ev. Verlagswerk, Stuttgart 1953, 162 S.), hält nicht ganz, was er verspricht. Die Vorträge u. a. von Theodor Stelzer (Die geistige und politische Verantwortung Europas), von Fritz Fischer (Die Auswirkungen der Reformation auf das westeuropäisch-amerikanische politische Leben), von Hans Asmussen (Der theologische Standort für eine evangelische Stellungnahme zum Europa-problem), von Hans Dombois (Christenheit, Europa, Welt) und von Werner Kägi (Europa und das Problem der Souveränität) liegen schon fast zwei Jahre zurück.

Die Sprecher sind durchaus keine besonders repräsentativen Stimmen für die ganze evangelische Kirche. Eine gewisse sehr aktive Gruppe fehlt gänzlich. Und doch ist mancher Beitrag sehr anregend. Der Tagungsbericht am Schluß gibt doch einen Einblick in das Ringen um ein evangelisches Europabild, zu welchem der Anstoß von Dr. Visser't Hooft, dem Generalsekretär des „Weltrates der Kirchen“, gegeben wurde, wie man erfährt.

Das Referat von Asmussen war offensichtlich am meisten umkämpft, weil es versucht, die Einigung Europas in Verteidigung einer natürlichen Theologie und gegen die „Theologie der Unnatur“ als ein ausgesprochen christliches Problem zu umreißen, was nicht einmal anwesende Lutheraner wie Karl Heinrich Rengstorff mitmachen. Asmussen wirbt z. B. darum, das Leiden von Tausenden evangelischer Menschen für ein einiges Europa sollten wir Katholiken „als eine eminente Potenz anerkennen, für welche ein katholischer Gehorsam nicht leicht ein Gegengewicht aufbringen könnte“. Er beklagt es, daß evangelische Kreise Deutschlands im Unterbewußtsein immer noch von der Idee Preußens leben, ein Gegengewicht gegen Rom bilden zu sollen, und zwar gerade Kreise in der „Altpreußischen Union“. Er meint, wer ein bestimmtes geschichtliches Erbe der Kirche leugnet, der leugne auch die Wahrheit von der Fleischwerdung des Wortes in Jesus Christus, und er fordert von den evangelischen Kirchen, ihre Bindung an die vorreformatorische Kirche nicht geringzuachten, sie machten sich sonst selber zur Sekte. Man müsse auch Europa insofern bejahen, als es römisch-katholisch ist. Es ist ohne weiteres verständlich, daß diese und andere Thesen Asmussens nicht leicht eingehen.

Im ganzen hat man aus diesem Buch den Eindruck, daß die evangelischen Gedanken über ein Europa hinter den katholischen noch weit zurückstehen. Das aber entspricht nicht der Wirklichkeit der ökumenischen Europabewegung, über deren neueste Phase wir im letzten Heft der Herder-Korrespondenz (S. 351) berichtet haben.

Die Stimme des Papstes

Über die rechte Ordnung der Werte im Arbeitsleben

Vor 10 000 Mitgliedern der ACLI (Christlichen Arbeitervereine) aus Rom und der römischen Provinz sprach Pius XII. am Tage Christi Himmelfahrt über die Enzyklika Rerum Novarum, deren Andenken regelmäßig am 15. Mai gefeiert wird, dem Datum, an dem Papst Leo XIII. sie im Jahre 1891 erließ. Die Ansprache des Heiligen Vaters hat (in eigener Übersetzung) folgenden Wortlaut:

Wer meint, das Christentum sei eine Sache des Überdrußes und der Traurigkeit, müßte bei einer der vielen Audienzen anwesend sein, die in letzter Zeit so zahlreich geworden sind, daß sie fast den Rhythmus des Heiligen Jahres erreicht haben. Wir selber begeben uns immer wieder mit Freuden mitten unter diese frommen Mengen, die Uns um ein Wort des Trostes und des Segens bitten.

Und so heißen Wir heute Tausende von Arbeitern willkommen, hauptsächlich Römer, die Uns doppelt teuer sind.

Sie alle sind überzeugt, daß auch Wir, da Wir sie in dieser berühmten Basilika empfangen, ihnen väterliche Zuneigung entgegenbringen, ähnlich derjenigen, die Jesus, der göttliche Arbeiter von Nazareth, für sie hegte und hegt.

Geliebte Söhne! Heute feiert die Kirche die Auffahrt Christi in den Himmel. Von Ostern an ist die heilige Liturgie ein ununterbrochenes Hervorbrechen von festlichen Melodien und Harmonien gewesen, in denen das Alleluja stets die dominierende Note war, die von jedem einzelnen und von allen Chören wiederholt wurde. Wenn jedoch heute die Gesänge der Freude und Lobpreisung fortgesetzt werden, so fehlt darin nicht eine Note verhaltener Trauer. Jesus verläßt die Jünger und steigt in den Himmel auf. Er wird den Heiligen Geist senden, aber er ist nicht mehr mitten unter ihnen, lebendig und sichtbar. Doch während die Apostel Jesus nachblicken, wie